

Resolution: Raus aus der Krise – mit einem handlungsfähigen Staat und sozial-ökologischen Investitionen

Gremium: Landesvorstand

Beschlussdatum: 06.06.2021

Tagesordnungspunkt: 2. Aktuelle Stunde "Raus aus der Krise – mit einem handlungsfähigen Staat und sozial-ökologischen Investitionen"

## Antragstext

1 Die Corona-Pandemie bedeutet für viele Menschen existenzielle Belastungen –  
2 gesundheitlich, sozial und wirtschaftlich. Über 89.000 Todesfälle, über 3,7  
3 Millionen Infizierte, von denen mehr als jede\*r Zehnte lange unter den Folgen  
4 von Long Covid leiden wird. Neben wirtschaftlichen Einbußen historischen  
5 Ausmaßes werden schon bestehende Ungleichheiten weiter verstärkt. Kinder und  
6 Jugendliche, Frauen, Menschen mit geringem oder keinem Einkommen und andere  
7 vulnerable Menschen – ausgerechnet diejenigen, die von der Pandemie besonders  
8 betroffen sind, werden von der Landes- und Bundesregierung viel zu wenig  
9 beachtet.

10 Auch für die Wirtschaft und die öffentlichen Haushalte fällt die Zwischenbilanz  
11 nach über einem Jahr Corona dramatisch aus: 34.000 Unternehmen haben Corona-  
12 Nothilfen in Form von Krediten beantragt, 2,3 Millionen Menschen sind auch im  
13 Mai 2021 noch in Kurzarbeit, die Zahl der sozialversicherungspflichtig  
14 Beschäftigten ist um rund 750.000 gegenüber dem Vorkrisenniveau gesunken. Mit  
15 rund 1,5 Billionen Euro dürften die Pandemie-Kosten für die öffentlichen  
16 Haushalte zu Buche schlagen.

17 Gleichzeitig lebt unser Land von der Substanz. Die Investitionsquote – also die  
18 Investitionen anteilig am Bruttoinlandsprodukt – liegt im europäischen Vergleich  
19 am unteren Ende. Insbesondere der Anteil des Staates an den Investitionen sinkt  
20 seit Jahren. Schulen, Freibäder und Brücken verfallen; anstatt den Turbo zu  
21 zünden, stockt der Ausbau der erneuerbaren Energien, der digitalen Netze und des  
22 ÖPNV. Unser Gesundheitssystem ist auf Wirtschaftlichkeit getrimmt und deshalb  
23 „auf Kante genäht“, Reservekapazitäten, die aber als Teil der Daseinsvorsorge  
24 dringend erforderlich sind, sind völlig unzureichend. Gleichzeitig sind wir  
25 weiterhin mitten in der globalen Klima- und Biodiversitätskrise – wir zerstören  
26 unsere eigene Lebensgrundlage. Der Ausbau der erneuerbaren Energien und der  
27 klimagerechten Mobilität stocken.

28 Statt sich wie die niedersächsische Landesregierung krampfhaft auf die Schwarze  
29 Null zu fixieren, brauchen wir eine Investitionsoffensive! Nur so können wir mit  
30 der Krisenbewältigung die richtigen Weichen für eine sozial-ökologische  
31 Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft stellen.

32 Doch statt hier die nötigen Mittel bereitzustellen, befindet sich die  
33 niedersächsische Landesregierung aus SPD und CDU eineinhalb Jahre vor der  
34 Landtagswahl schon im Wahlkampfmodus gegeneinander. Das zeigt sich auch im  
35 mangelhaften Krisenmanagement in der Corona-Pandemie: Langsam, widersprüchlich  
36 und intransparent. Mit dem Chaos bei Corona-Verordnungen, Teststrategie und  
37 Impfkampagne hat die Landesregierung ebenso wie die Bundesregierung wertvolles  
38 Vertrauen in die staatlichen Institutionen und in unsere Demokratie verspielt.

39 Das ist brandgefährlich. Wir brauchen dringend mehr staatliche  
40 Handlungsfähigkeit auf allen Ebenen.

41 Krisenbewältigung durch Investitionen in die Zukunft

42 Angesichts der Corona-Krise ist Kaputtsparen keine Option. Wir müssen jetzt  
43 investieren, um schnell und kraftvoll aus der Krise herauszukommen. Mangelnde  
44 Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Bildung oder Klimaschutz  
45 belasten nachfolgende Generationen und sind schwere Hypotheken auf die Zukunft.  
46 CDU-Finanzminister Hilbers sorgt mit seinem Spardiktat dafür, dass weiter Kinder  
47 und Familien und Kitas auf der Strecke bleiben. Wir brauchen ein gut ausgebautes  
48 Gemeinwesen, intakte Lebensgrundlagen und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

49 Für diese notwendigen Investitionen ist unser Staat nicht ausreichend  
50 handlungsfähig. Insbesondere die Kommunen, die für den größten Teil der  
51 öffentlichen Investitionen und den klimagerechten Ausbau der sozialen  
52 Infrastruktur zuständig sind, haben unter enormen Steuerausfällen zu leiden. Das  
53 hat eklatante Folgen für Schulen, Krankenhäuser und Schwimmbäder genauso wie für  
54 Beratungsstellen und Jugendhilfeangebote. Mit dem Niedersachsenfonds in Höhe von  
55 10 Milliarden Euro wollen wir daher gezielt in soziale Infrastruktur und  
56 Klimaschutz investieren. So schaffen wir neues öffentliches Vermögen, anstatt es  
57 verfallen zu lassen. Auch mit einer neuen Landeswohnungsbaugesellschaft muss die  
58 Landesregierung Verantwortung übernehmen und kann gleichzeitig nachhaltige  
59 Wertschöpfung schaffen.

60 Damit Bund und Länder im notwendigen Umfang investieren können, muss die  
61 Schwarze Null für Investitionen aufgegeben werden. Wir müssen jetzt investieren,  
62 um für die Zukunft gerüstet zu sein. Ein Haushaltsausgleich nützt nichts, wenn  
63 gleichzeitig Schulen, Hochschulen und Kliniken nicht klimagerecht saniert werden  
64 und der Ausbau des ÖPNV auf der Strecke bleibt. Die Bedingungen für  
65 Investitionen sind auch durch die niedrigen Zinsen jetzt optimal – die  
66 Gesellschaft würde einen viel höheren Preis zahlen, wenn wir jetzt die  
67 erforderlichen Mittel jetzt nicht bereitstellen.

68 Auch die notwendige Qualifizierung unseres Bildungssystems, der Ausbau der  
69 Betreuungsinfrastruktur z.B. für Kinder und pflegende Angehörige und der Ersatz  
70 von Hartz IV durch eine Garantiesicherung sind nicht zum Null-Tarif zu haben.  
71 Gleichzeitig werden die Steuereinnahmen selbst bei zügiger wirtschaftlicher  
72 Erholung das Vorkrisenniveau erst langsam wieder erreichen. Um die soziale  
73 Schiefelage überwinden zu können, müssen wir die Einnahmen des Staates erhöhen,  
74 indem wir Ungerechtigkeiten im Steuersystem angehen: Die großen Einkommen und  
75 Vermögen müssen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit stärker zur Finanzierung  
76 unseres Gemeinwesens beitragen. Wir müssen konsequent gegen Steuerhinterziehung  
77 und -vermeidung vorgehen, denn dadurch verliert die Gesellschaft jedes Jahr  
78 Milliardenbeträge. Klima- und umweltschädliche Subventionen müssen gestrichen  
79 und internationale Konzerne angemessen besteuert werden.

80 Für eine neue politische Kultur

81 Bundes- und Landesregierung haben mit ihrem mangelhaften Krisenmanagement viel  
82 Vertrauen verspielt. Die Liste der Versäumnisse, der falschen Entscheidungen und  
83 chaotischen Abläufe ist lang.

84 Insbesondere zu Beginn der Coronakrise wurden vulnerable Gruppen unzulänglich  
85 geschützt, pandemische Krisenherde gar nicht oder zu spät identifiziert.

86 Schutzausrüstung stand bei weitem nicht im ausreichenden Maß zur Verfügung.  
87 Teststrategien wurden nicht erarbeitet. Das Impfchaos hat zu einer erheblichen  
88 Verunsicherung beigetragen. Verordnungen waren und sind in sich nicht stimmig  
89 und teilweise widersprüchlich. Von der Pandemie und ihren Folgen besonders  
90 betroffene Personengruppen sind gar nicht oder zu spät ins Blickfeld gekommen.

91 Die Runde der Ministerpräsident\*innen wurde immer mehr zur Bühne für  
92 Profilierungswut und Wahlkampfgetöse statt für effiziente und demokratische  
93 Entscheidungen.

94 Es ist klar geworden, dass wir eine neue Art und Weise brauchen, wie Regierungen  
95 das Land führen. Es braucht die Bereitschaft, Zustände und Konzepte zu  
96 hinterfragen und zu lernen, sowie offene, konstruktive Diskussionen. Und es  
97 braucht die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen und die  
98 Entscheidungsgrundlagen zu erklären. Dazu gehört eine offene und ehrliche  
99 Aufarbeitung politischer Fehler auf allen Ebenen und eine neue Fehlerkultur.  
100 Fehler dürfen nicht verdrängt, bagatellisiert oder reflexhaft skandalisiert  
101 werden, sondern sie müssen klar benannt werden und Fehleinschätzungen aufgeklärt  
102 werden. Ziel ist, dass zukünftigen pandemischen Gefahrensituationen durch  
103 nachvollziehbares Handeln begegnet werden kann.

104 Deshalb fordern wir eine aus Vertreter\*innen des Bundes, der Länder und Kommunen  
105 zusammengesetzte Kommission, die vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Corona-  
106 Pandemie klare Handlungsabläufe erarbeitet. Wir brauchen klarere Regelungen, die  
107 schnelle Entscheidungen auch unter Einbeziehung von Institutionen und Verbänden  
108 sowie der Parlamente ermöglichen. Dabei ist auch zu prüfen, ob die  
109 Regelungsdichte für nachgeordnete Behörden und Institutionen in diesem Umfang  
110 erforderlich ist. In einer Pandemie, in der Infektionszahlen exponentiell  
111 steigen, ist schnelles und vorausschauendes Handeln unerlässlich. Gerade bei  
112 Regelungen, die massiv in die Grundrechte eingreifen, ist auch der Dialog mit  
113 Verbänden und Kommunen wichtig. Regeln müssen transparent und nachvollziehbar  
114 sein und – wenn keine akute Gefahrenlage droht – mit ausreichend Vorlaufzeit  
115 beschlossen werden.

116 In Niedersachsen sind SPD und CDU schon jetzt im Wahlkampf gegeneinander.  
117 Aktuelle Corona-Verordnungen werden unzureichend abgestimmt und kommen dennoch  
118 wegen Konflikten innerhalb der Koalition unzumutbar kurzfristig. Wer 15 Monate  
119 nach Pandemiebeginn am Sonntagabend eine neue Verordnung bekanntgibt, die vier  
120 Stunden später in Kraft tritt und nur wenige Stunden später erneut geändert  
121 werden muss, dem fehlt es an Weitsicht, Entscheidungskraft und  
122 Handlungsfähigkeit. Dass sich Ministerpräsident Weil bei der zentralen Aufgabe  
123 des Krisenmanagements weitgehend rauhält, ist Führungsversagen.

124 Der so entstandene Eindruck der Handlungsunfähigkeit des Staates bei seiner  
125 wichtigsten Aufgabe, dem wirksamen Schutz seiner Bürger\*innen, birgt die Gefahr  
126 einer fundamentalen Akzeptanz- und Vertrauenskrise, die an den Grundfesten der  
127 staatlichen Institutionen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts rüttelt. Hier  
128 braucht es eine neue politische Kultur der Bereitschaft zur Übernahme von  
129 staatlicher Verantwortung, der Transparenz und des Dialogs.

130 Gerade in Krisenzeiten brauchen wir einen starken, handlungsfähigen Staat –  
131 sowohl für die staatliche Daseinsvorsorge und die nötigen Zukunftsinvestitionen  
132 als auch zur Bewältigung der Pandemie. Der „Großen Koalition“ aus SPD und CDU

133 fehlt für beides der Wille und die Kraft – es ist Zeit für GRÜNE in  
134 Verantwortung, auch in Niedersachsen!